

Presse-Information

Hamburg, den 07. September 2017

Psychotherapeutenkammer Hamburg fordert: Schluss mit langen Wartezeiten – grundlegende Reform der Bedarfsplanung nötig!

Hamburger Parteien nehmen Stellung zur Forderung der Psychotherapeutenkammer Hamburg nach einer Reform der aktuellen Bedarfsplanung.

Wer derzeit in Hamburg einen ambulanten Psychotherapieplatz braucht, muss in der Regel mit einer Wartezeit von mehreren Monaten rechnen. Ein Zustand, der starke Nerven und einen langen Atem erfordert. Kompetenzen, an denen es psychisch kranken Patientinnen und Patienten in der Regel fehlt. „Dieses Versorgungsdefizit ist nicht hinnehmbar“, sagt Dipl.-Psych. Heike Peper, Präsidentin der Psychotherapeutenkammer Hamburg (kurz: PTK Hamburg). „Hinzu kommt der Umstand, dass wir nach der aktuellen Bedarfsplanung eine nominelle Überversorgung von 170 % haben, was theoretisch einen Abbau von psychotherapeutischen Sitzen erfordert“, erklärt die Psychotherapeutin besorgt. Eine unhaltbare Diskrepanz, die nicht nur in Hamburg für Aufsehen sorgt. Deutschlandweit, vor allem in Großstädten, zeigt sich ein ähnlich verzerrtes Bild.

Im Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen hat die PTK Hamburg einen Katalog an Themen zusammengestellt, für die in der kommenden Legislaturperiode hoher Entwicklungs- und Handlungsbedarf besteht – bundesweit und in Hamburg. Einer der zentralen Punkte des Positionspapiers „Politik für psychisch kranke Menschen“ betrifft die Forderung nach einer grundlegenden Reform der Bedarfsplanung. „Für Hamburg bedeutet das konkret, regionale Bedarfe und Versorgungserfordernisse noch genauer zu untersuchen, um aktuelle Versorgungsengpässe zu schließen und in der Zukunft zu vermeiden“, so die Präsidentin. Die Reaktionen der Hamburger Parteien fallen unterschiedlich aus.

SPD-Sprecher Lars Balcke sieht den Handlungsbedarf aufseiten der Selbstverwaltung von Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenkassen. „Den Auftrag zur Überarbeitung der Bedarfsplanungsrichtlinie, die zukünftig kleinräumiger und unter Einbeziehung der sozioökonomischen Faktoren erfolgen soll, konnten wir in den Verhandlungen zum GKV-Versorgungsstärkungsgesetz durchsetzen. Nun ist es an der gemeinsamen Selbstverwaltung, die Überarbeitungen vorzunehmen.“

Auch **Dr. Christoph Ploß von der CDU** sieht die Selbstverwaltung am Zug: „Wir erwarten, dass die ärztlichen und psychologischen Psychotherapeuten sich in den Gremien der gemeinsamen Selbstverwaltung verantwortungsbewusst einbringen und zur Sicherung der Versorgung beitragen.“ Er betont aber zugleich: „Unabhängig von den von den Selbstverwaltungspartnern vereinbarten Lösungen werden auch wir das Thema kritisch im Blick behalten.“

Anja Hajduk und Manuel Sarrazin Kandidatin und Kandidat von Bündnis 90/DIE GRÜNEN für den Bundestag bejahen die von der PTK Hamburg geforderte Reform der Bedarfsplanung und teilen die Ansicht, dass die der Bedarfsplanung zugrunde gelegten Verhältniszahlen nicht den realen Versorgungsbedarf widerspiegeln. In ihrer schriftlichen Antwort betonen sie: „Damit Menschen in Krisen die Unterstützung bekommen, die sie brauchen, muss das psychotherapeutische Angebot bedarfsgerecht ausgebaut und hierfür die Bedarfsplanung grundlegend reformiert werden.“

Auch **Dr. Wieland Schinnenburg, Bundestagskandidat der FDP** für Hamburg, bestätigt das Dilemma in der Hansestadt. „Nominelle Überversorgung und lange Wartezeiten zeigen, wie unzureichend die Bedarfsplanung ist.“ Den Grund dafür sieht der Politiker in der Planung selbst. „Das ist das Problem jeder Planwirtschaft, die niemals geeignet ist, den wirklichen Bedürfnissen der Menschen zu entsprechen.“ Er zeigt sich skeptisch dem Ansatz gegenüber, dass eine korrigierte Datenerhebung zu einer optimalen Bedarfsplanung führt. „Das mag eine gewisse Verbesserung bringen, jedoch bleibt es bei einer Planwirtschaft und dazu wird viel Energie auf die Erhebung der Daten verwendet. Diese sollte besser der Patientenbehandlung zukommen“, so der Sprecher der FDP. „Deshalb bin ich für eine großzügige Zulassung von Psychotherapeuten,“ erklärt Dr. Schinnenburg.

Olga Fritzsche, die das Hamburger Regionalbüro für **DIE LINKE- Kandidat Fabio De Masi** leitet, bekräftigt die Forderung der PTK Hamburg. „Eine bedarfsgerechte Versorgung ist, auch wenn dies für den Hamburger Raum so attestiert wird, bisher in keiner Weise gegeben.“ Sie plädiert für eine kleinräumige Planung. „Insbesondere in Gebieten, die einkommensschwächer sind, ist die Zahl der dort ansässigen PsychotherapeutInnen viel zu gering“, so die Sprecherin. „Unabhängig vom Versicherungsstatus und Einkommen muss jedem Menschen der dessen bedarf, eine psychotherapeutische Beratung oder Behandlung in einem angemessenen Zeitrahmen zur Verfügung stehen. Die Bedarfsplanung sollte den tatsächlichen Bedarfen (unter Berücksichtigung der erhöhten Bedarfe bei bestimmten Personengruppen wie Arbeitslosen, Geflüchteten etc.) entsprechend umgehend reformiert werden.“

Das Positionspapier „Politik für psychisch kranke Menschen“ finden Sie [unter diesem Link](#).

Für die vollständigen Stellungnahmen der Politikerinnen und Politiker, weitere Hintergrundinformationen sowie Interviewwünsche wenden Sie sich bitte an:

Dipl.- Psych. Heike Peper | Präsidentin | Psychotherapeutenkammer Hamburg
peper@ptk-hamburg.de | Tel.: 040 226 226 060